

Bezugspreis:
Wochenblatt 36. - M. monatl. 12. - M.
teil ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Wochenblatt 12. - M. einjährl. 120.
Bezugsgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Emslandgebiete, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Österreich,
Ungarn und Rumänien 2. - M. für
das übrige Ausland 3. - M. für
Bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Italien, Spanien, Däne-
mark, Holland, Estland, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“ der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Rietgarten“
erscheint wochentäglich zweimal, Sonn-
tags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

NO Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Freitag, den 18. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

1583 M. Steuern pro Kopf.

Der Steuerauschuß des Reichstages begann am Freitag die Generaldebatte über die neuen Steuervorlagen der Regierung. Reichsminister Dr. Wissell erklärte, im Laufe der nächsten Woche dem Auschuß die gewünschten informativen Erklärungen abgeben zu wollen. Ministerialdirektor Dr. Popph gab Erklärungen zu den zahlreichen tabellarischen Übersichten, die den Abgeordneten von der Regierung überreicht worden waren. Eine Darstellung über die Einkommensteuer in Deutschland, Frankreich, England und den Vereinigten Staaten von Amerika soll einen Vergleich ermöglichen über die verschiedene steuerliche Belastung in diesen Ländern. Eine Übersicht über die Steuerbelastung in Deutschland unter Berücksichtigung der neuen Steuererleichterungen zeigt die Einkommen und Reichssteuer nach dem Entwurf zum Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung für 1922.

Die Gesamtsumme der Steuern würde rund 95 Milliarden Mark pro Jahr betragen. Die

Gesamtbelastung pro Kopf würde 1583 Mark und 80 Pf. ausmachen. Die künftige Belastung des Besitzes würde nach den Regierungsvorlagen rund 52 1/2 Milliarden Mark betragen. Das sind 51,1 Proz. der Gesamtbelastung. Die Verbrauchsbelastung durch Besteuerung einkaufender Genussmittel würde fast 7 Milliarden betragen, das sind 6,8 Proz. der Gesamtbelastung. Der Ministerialdirektor macht dann Einzelangaben über die steuerliche Belastung in England und Frankreich, nach denen sich die steuerliche Belastung in England und Frankreich als unvergleichlich geringer ergibt gegenüber der steuerlichen Belastung in Deutschland, besonders was die Besitzbelastung betrifft und auch angemessene Berücksichtigung der inneren Kaufkraft des Geldes.

Geldentwertung und Einkommensteuer.

Der Zentralverband der Angestellten hat an das Reichsfinanzministerium, an den Steuerauschuß des Reichstages sowie an verschiedene in Betracht kommende Minister eine Eingabe gerichtet, die sich mit der Verringerung des Einkommensteuergesetzes befaßt.

Die fortschreitende Entwertung des Geldes macht eine sofortige Verringerung des jetzt gültigen Einkommensteuergesetzes vom 24. März 1921 erforderlich. Der Zentralverband der Angestellten machte in seiner Eingabe Vorschläge hierzu.

Haben wir abgerüstet?

Internationale Prüfungsdreise durch Deutschland.

Genf, 17. November. (W.T.B.) Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der rund 9 Millionen Arbeiter und Angestellte vertritt, hat durch sein Vorstandsmittglied, den ehemaligen Reichsminister Wissell, Vertreter der Arbeitnehmer auf der Internationalen Arbeitskonferenz, eine Reihe von Mitgliedern, darunter auch Regierungsvertreter und Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens, der Presse, und des Parlamentes zu einer etwa zweiwöchigen Rundreise durch Deutschland eingeladen, um diesen Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse in Deutschland zu unterrichten und sich von dem Erfüllungswillen des deutschen Volkes und der völligen Umstellung der früheren deutschen Rüstungsindustrie zur Friedensarbeit zu überzeugen.

Die Reise soll am kommenden Montag unter Führung Wissells ihren Anfang nehmen. Sie wird zunächst nach München führen, um über Berlin, Spandau, Kiel, Hamburg, Essen, Erfurt und Frankfurt a. M. fortgesetzt zu werden. Den endgültigen Reiseplan wird man in München mit Hilfe der Teilnehmer selbst aufstellen, und dort werden sich auch sachverständige Führer und Dolmetscher anschließen. Den Teilnehmern soll Gelegenheit geboten werden, die maßgebenden Betriebe der ehemaligen Rüstungsindustrie, die früheren staatlichen Waffenwerke usw. in den verschiedensten Teilen Deutschlands zu besichtigen und mit hervorragenden Persönlichkeiten der Reichsregierung, der Groß-Unternehmungen und der Arbeiterorganisationen in Fühlung zu treten. Die Teilnehmerliste steht noch nicht endgültig fest, doch ist damit zu rechnen, daß Angehörige fast aller Großstaaten der Welt teilnehmen werden.

Deutscher Sieg in Genf.

Genf, 17. November. (W.T.B.) In der heutigen Nachmittags-sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz hielt der frühere deutsche Reichsminister Wissell eine ausführliche Rede, die wesentlich dazu beitrug, daß der Abkommensentwurf über die Wochenruhe angenommen und der Abänderungsantrag des englischen Vertreters der Arbeitgeber abgelehnt wurde.

Wissell wandte sich mit größtem Nachdruck gegen den Geist der sozialen Rückständigkeit, der in geradezu erschütternder Weise in den Debatten über die Wochenruhe zum Ausdruck gekommen sei. Man glaube sich Jahrhunderte zurückverföhrt, wenn man Argumente höre, die in keiner Weise auf die reichen Fortschritte und Erfahrungen auf sozialem Gebiete Rücksicht nehmen. Wissell warnte eindringlich vor den Folgen irgendwelcher Verschlechterung des Ab-

kommens; die Arbeiter hätten gehofft, daß sie nun endlich als Subjekt und nicht mehr als totes Werkzeug im wirtschaftlichen Leben behandelt werden. Der Redner wies auf die Enttäuschung hin, die in den Arbeitermassen der Welt um sich greifen müßte, die dann nur noch ihren Organisationen Vertrauen schenken und sich deren starkem Ausbau widmen würden.

Die Rede Wissells, die mit einem starken Appell an das soziale Gewissen der Konferenz schloß, erzielte sehr reichen Beifall, nicht nur bei allen Arbeitervertretern, sondern auch bei vielen Regierungsvertretern. Der von Wissell bekämpfte Zusatzantrag wurde schließlich abgelehnt.

Doumer über Deutschlands Finanzen.

Paris, 17. November. (W.T.B.) In der heutigen Kammer-sitzung beantwortete Finanzminister Doumer die verschiedenen Interpellationen über die Finanzlage Frankreichs. Im Laufe seiner Rede sprach er auch von der Finanzlage Deutschlands. Er wies darauf hin, welche Schwierigkeiten zu überwinden seien, um den Bedürfnissen des Wiederaufbaubesiedeltes Rechnung zu tragen. Der Abgeordnete de Laforest habe sehr interessante Auskünfte gegeben, die mit denen der Regierung gleichließen und bewiesen, daß, wenn Deutschland — er sage nicht nur, die augenblickliche Regierung Deutschlands — wolle, dann könne es bezahlen. Deutschland besitze Aktien, die es schwer in Goldmark und in ausländische Devisen umwandeln könne; aber es seien deutsche Bänder vorhanden, deren größter Teil außerhalb des Landes sei und deren Besitzer keinen großen Eifer zeigten, der deutschen Regierung zu helfen, ihre Verpflichtungen zu halten. Sie müßten nicht aber von den Folgen Rechenhaft ablegen, die ein Bankrott Deutschlands nach sich ziehen würde. Wenn dieser Bankrott sich ereignete, werde er Ereignisse nach sich ziehen, die die deutsche Reichseinheit kaum überleben könne. (Beifalliger Beifall.) Die Militärs, insbesondere aber Frankreich, könnten nicht dulden, daß auf ihre Schultern auch nur ein Minimum der Lasten zurückfalle, die nach dem Friedensvertrage den Deutschen zustieße. (Beifall.) Der Finanzminister erklärte, er bewahre immer den Gedanken, daß Deutschland den Verpflichtungen, die es übernommen habe, nachkommen werde, und er sehe eines der Heilmittel für die finanzielle Lage darin, daß die von Deutschland zurückzuerstattenden Ausgaben zurückbezahlt würden. Wenn möglich, so schloß er die Erörterung über diese Frage, müssen wir die Schuld Deutschlands internationalisieren. (Beifall.)

England unterstützt China.

London, 17. November. (W.T.B.) Einer Reuter-Nachricht aus Washington zufolge erklären die britischen Delegierten, daß sie der Politik der Offenen Tür in China vollaus zustimmen, die der chinesische Delegierte Sze in seiner Erklärung vor dem Konferenzauschuß auseinandersetzte. Großbritannien betrachte die Einflusssphären als veraltet und für moderne Verhältnisse unbrauchbar. Während die britische Ansicht dahin gehe, daß das englisch-japanische Bündnis von keinem der chinesischen Vorschläge berührt werde, würde Großbritannien jede Art von Vereinbarungen zwischen den Großmächten oder vielleicht ein Abkommen, das sich auf Amerika, Japan und Großbritannien beschränke, begrüßen, um den englisch-japanischen Vertrag für den fernen Osten zu ersetzen.

Der Vertreter Japans, Admiral Kato, hat die Führer der anderen Delegationen ersucht, ihm einige Tage Frist zu gewähren, damit er die Vorschläge Chinas prüfen könne. Diesem Ersuchen wurde stattgegeben.

Die Landabrüstung verschoben?

London, 18. November. (W.T.B.) Eine Meldung aus Washington besagt, man erwarte, daß Briand auf der Balkonferenz in der nächsten Woche eine Rede über die Rüstungen zu Lande halten werde, da er die Absicht habe, um den 25. November nach Frankreich zurückzukehren. Im übrigen werde sich die gegenwärtige Abrüstungskonferenz wahrscheinlich nicht mit der Einschränkung der Rüstungen zu Lande befassen, sondern es werde eine neue Konferenz für nächstes Jahr einberufen werden, um diese Frage zu behandeln.

Die britische Delegation hat auf der Konferenz mitgeteilt, daß sie die Frage der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten auf der Konferenz nicht aufwerfen werde. Es verlautete jedoch, daß Frankreich und Italien auf eine Erörterung dieser Frage dringen würden.

Schwankender Dollar.

Nachdem bereits an der gestrigen New Yorker Börse die Mark eine Abschwächung bis auf 0,37 erfahren hatte, das einem Stande des Dollar von 270 entspricht, setzte auch am heutigen Berliner Devisenmarkt der Kurs der ausländischen Zahlungsmittel wesentlich höher ein als gestern. Dollarnoten wurden im öffentlichen Verkehr gegen Mittag ungefähr mit 264 gehandelt.

Anzeigenpreis:

Die zehnjährigen Kontraktgebühren betragen 7. - M. „Kleine Anzeigen“ das selbige Wort 3. - M. (entsprechend zwei sechsdruckte Worte), jedes weitere Wort 1.50 M. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1. - M. Forts über 13 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 2. - M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerungsbeitrag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geschäfts-woche 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Notwendige Pionierarbeit.

Von Minna Lodenhagen.

Auf der letzten Bezirkswohlfahrtskonferenz am Anfang November wurde von verschiedenen Seiten darüber geklagt, daß die Bezirksbehörden unseren Mitgliedern die Mitarbeit bei der gemeindlichen Wohlfahrtspflege zum Teil immer noch versagen, zum Teil wesentlich erschweren.

Die Schwierigkeiten, die zum Teil vorhanden sind, stehen im engsten Zusammenhang mit der politischen Konstellation in den einzelnen Bezirken. Das sollte, soweit freiwilliger Helferdienst in Frage kommt, auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege in Fortfall kommen. Die Grundsätze, die uns hierbei von der bürgerlichen Welt trennen, kommen in ernstgemeinter Ausübung der Wohlfahrtspflege wenig zum Durchbruch. Es sei denn, daß man soweit geht, dieses Gebiet als ein Privileg der bürgerlichen Welt zu betrachten. Diese Auffassung ist durch die Verhältnisse überholt. Sie war verständig, solange die Wohlfahrtspflege in der Hauptsache Vereinsarbeit war. Heute ist sie eins der bedeutendsten Gebiete der öffentlichen Verwaltung. Diese kann aber nie so verstanden werden, daß sie eine rein beherrschliche sein soll. Es liegt im Wesen der Demokratie, daß sich das öffentliche Leben unter weitgehendster Mitwirkung aller Volksschichten vollzieht. In welcher Form sich diese Mitwirkung neben der gewählten Vertretung des Volkes zur Verfügung stellt, ist Sache der Entwicklung. Man kann sich sehr wohl vorstellen, daß sie in der Wohlfahrtspflege in Form des Bürgerdeputationswesens vollaus genügen kann. Ob das heute schon im vollen Umfang möglich ist und welche Ergänzungen notwendig sind, das ist eine Frage der Praxis. Wir hatten bisher zum Beispiel in der Armenpflege das System der Armenkommissionen. Die Entwicklung wird dahin führen, die freiwillige Helferschaft auf den verschiedensten Gebieten der Wohlfahrtspflege (zum Beispiel das große Heer der Nachprüfer, der Schulaufsichten u. a.) auch in Zukunft kommissionenweise zusammenzufassen, um ein einheitliches Arbeiten zu erzielen. Diese Kreise können sich aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten zusammensetzen. Auch das liegt im Wesen der Demokratie, daß die Verwaltungsorgane Spiegelbilder der gesellschaftlichen Entwicklung sind. Voraussetzung dafür ist aber, daß sich diese Kreise und die Behörden auf das Wesen der Demokratie einstellen. Auf welche Weise sich die freiwilligen Helfer zur Verfügung stellen, ob als Mitglieder von Vereinen oder wie bei uns als Spezialistengruppe einer Partei, das eben ist auch wieder Sache der Entwicklung. Der von uns beschrittene Weg scheint der einfachste und eindeutigste zu sein. Selbstverständlich kann es sich dabei immer nur um ergänzende, ausführende Arbeit handeln. Die Leitung liegt bei der gewählten Volksvertretung.

Soweit Reichsbehörden in Frage kommen, erfreut sich die Arbeiterwohlfahrt wohlwollendster Förderung. So hat das Reichsarbeitsministerium, Abteilung für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, in seinen amtlichen Nachrichten vom 8. November 1920 folgenden Erlaß herausgegeben:

Der am 13. Dezember 1919 gegründete Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, stellt eine Zusammenfassung der von den Arbeitervereinigungen geleiteten Wohlfahrtspflege dar. In den Ländern, Bezirken und Gemeinden werden Landes-, Bezirks- und Ortsauschüsse für Arbeiterwohlfahrt gebildet, die zum Teil schon bestehen, zum Teil noch in der Bildung begriffen sind. Publikationsorgan ist die Zeitschrift „Die Gleichheit“. Ich ersuche ergebenst, den Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt bzw. seine nachgeordneten Organe in geeigneten Fällen an Beratungen usw. zu beteiligen. I. B.: gez. Geib.

Von den Alt-Berliner Behörden kann erfreulicherweise gesagt werden, daß sie sich unserer Mitarbeit gern bedienen. Die Nachfrage nach Helfern aus unseren Reihen ist stets größer als das Angebot.

Es hieße den Zweck dieses Artikels nur halb erfüllen, wollte man dabei nicht auch auf die Hemmnungen hinweisen, die der Arbeit aus unseren eigenen Reihen erwachsen. Man befürchtet eine unnötige Verzeitelung der Kräfte zum Schaden der Agitation. Das muß unter allen Umständen vermieden werden. Man darf aber nicht übersehen, daß der agrarische und organisatorische Aufgabenkreis über den Rahmen der Partei hinaus ins öffentliche und gesellschaftliche Leben hineingewachsen ist. Die moderne öffentliche Wohlfahrtspflege stellt organisatorische Aufgaben, deren Lösung nur unsere gesellschaftsumbildende Fähigkeit Problemlösungen aufgibt. Auch hier ist Gelegenheit, für Theorien praktische Formen zu finden. Es ist dies die schwierigere Art der Agitation, welche die Neuzeit von uns verlangt. Nicht nach dem, was wir sagen, nach dem was wir erreichen werden wir oft zu bitter unrecht eingeschätzt. Die schwierige Finanzlage erschwert uns auch hier unsere Aufgaben.

Die Not zwang uns zu alten Mitteln zu greifen. Wir mußten uns des freiwilligen Spenderiums bedienen. Uns fiel dabei, von selbst, aus innerem Antrieb heraus, die Aufgabe zu, zwischen der Vereinsarbeit und der behördlichen Arbeit die Brücke zu schlagen, die auf den Weg der Gemein-

famkeit hinüberführt. In diesem Sinne hat der Bezirksaus- schuß für Arbeiterwohlfahrt wertvolle Pionierarbeit geleistet.

In der Auslandshilfe vertreten wir von vornherein den Standpunkt, daß die Spenden den amtlichen - Men zu über- weifen, den in Frage kommenden Verein... weitgehendsten Einfluß auf die Verteilung zuzugestehen sei. Wir konnten diesen Standpunkt gegenüber der bürgerlichen Mehrheit zu- nächst nicht durchsetzen. Jetzt endlich aber gehen nach mehr- facher Anregung von unserer Seite die Kinderschutzkommission der USB und der Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt mit gutem Beispiel voran. Sie überlassen die auf sie entfallende Anteile aus den Auslandsspenden in Zukunft den Bezirks- ämtern. Die Ueberleitung in die Hände Bedürftiger ist durch unseren Helferdienst gewährleistet.

Eine starke Konzentrierung auf den Gedanken der Er- gänzung der öffentlichen Wohlfahrtspflege erzielten wir durch unseren Einfluß bei der Deutschen Kinderhilfe. Es gelang uns, unsere Richtlinien für die Verwendung der Mittel durch- zusetzen, in denen restlose Verwendung der Mittel für die no- leidenden Kinder unter maßgeblichem Einfluß der städtischen Wohlfahrtsbehörden garantiert war. Die öffentlichen Stellen wurden nicht nur bei der Ausschüttung der aufgebrachten Mittel berücksichtigt, sie wirkten auch im weitgehendsten Maße bei der Verwendung der Mittel durch die Vereine mit. Den weitesten Schritt ging auch hier wieder der Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt. Ihm waren für Tuberkulosebekämpfung in Alt-Berlin 23 750 M. überwiesen worden. Diesen Betrag stellte der Bezirksauschuß dem Berliner Gesundheitsamt zur Verfügung, um die ihm gestellte Aufgabe mit den von der Stadt eingerichteten Tuberkulosefürsorgestellen gemeinsam durchzuführen.

So sind wertvolle Ansätze für die Neugestaltung der Wohlfahrtsarbeit entstanden, die weiter ausgebaut werden müssen. Das ist um so notwendiger, als sich die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege auf die freiwillige Mit- wirkung aller Gesellschaftskreise einstellt. Unsere Arbeit muß Pionierarbeit sein für die Vereini- gung von freiwilliger und amtlicher Tätig- keit zu völkergemeinschaftlichem Dienst.

Wirth warnt die Industrie.

Bestern abend empfang der Reichskanzler nach einer Meldung der TU, die Vertreter des Reichsverbandes der Industrie und wies sie nachdrücklich auf die Folgen hin, die für die poli- tische Lage Deutschlands entstehen könnten, wenn die Industrie an ihren Bedingungen für die Kredithilfe festhielte.

Rückzug der Scharfmacher?

In der gestrigen Sitzung des Vorstandes der Zentral- arbeitsgemeinschaft erklärten die Arbeitgeber, daß in ihrer dem Reichskanzler abgegebenen Erklärung, betreffend die Ueber- führung der Eisenbahnen in die privatwirtschaftliche Form die in der Presse vielfach unterstellte Auslieferung an das Privatkapital nicht verstanden werden darf. (Was denn sonst? Red. d. W.) Ebenso erklärten die Arbeitgebervertreter, daß die Behauptungen der Presse, die Industrie beabsichtige die Beseitigung des Wirtskundentages, unrichtig und bei den Beratungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie nicht zum Ausdruck ge- kommen(?) ist.

Diese Vertagung der ursprünglichen Absichten, die durch kein Abliegen aus der Welt geschafft werden könne, scheint der Anfang eines Rückzuges zu sein. Der durch die freien Forderungen der Industriekapitalen hervorgerufenen Sturm der Entrüstung hat diese wohl doch ruhig gemacht. Aber wer die Herren kennt, der weiß, daß sie bei nächster Gelegenheit ver- kommen werden.

Die Sitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft wurde gestern abend um 8 Uhr fortgesetzt, um gegen 10 Uhr auf den nächsten Tag vertagt zu werden. Sie trug den Charakter einer streng vertraulichen Aussprache, bei der die Vertreter beider Gruppen, Gelegenheit hatten, eingehend zu den Problemen

Stellung zu nehmen. Ueber den Verlauf der Verhandlungen, die heute fortgesetzt werden, wird vorläufig Stillischweigen be- wahrt.

Interessierte Falschmeldung.

Man schreibt uns: Die bürgerliche Presse und verschiedene Korrespondenzbureaus verbreiten über die Sitzung der Zen- tralarbeitsgemeinschaft, die sich am Donnerstag mit der Kredit- beschaffung durch die Industrie und den industriellen Forde- rungen beschäftigte, Meldungen, die im wesentlichen unzu- treffend sind. Es ist keinesfalls von einer „Annäherung zwi- schen den beiden Parteien“ zu reden, sondern vor Schluß der Tagung wurde von Arbeitnehmerseite ausdrücklich festgestellt, daß die Auffassungen derart verschie- den sind, daß eine Einigung kaum zu erwarten ist. Auch trifft es nicht zu, daß der Reichsverkehrsminister in Aus- sicht gestellt hat, den Sachverständigen: schuß zur Umgestal- tung der Eisenbahnverwaltung einzuberufen. Richtig ist lediglich, daß die Industrie sich bereit erklärt hat, neue Vor- schläge auszuarbeiten.

Der ausgelachte Gefrier.

München, 18. November. (Eig. Drahtbericht.) In Grafen- wörth wurde der Reichswehrminister Gefrier bei einer Truppenkahn über die bayerische Reichswehr in dem Augenblick, in dem er in einer Ansprache die Offiziere darauf aufmerksam machte, daß sie der Republik den Eid geleistet hätten und verpflichtet wären, die Repu- blik zu schützen, von diesen Offizieren laut ausgelacht und verhöhnt. Der Reichswehrminister unterbrach seine Rede und verließ den Tabor.

Zu der Angelegenheit schreibt die Münchener „Morgenpost“, daß der General des bayerischen Wehrkreiskommandos einem Befehl, sich in dieser Angelegenheit in Berlin zu melden, nicht nachgekommen wäre mit der Begründung, er könne nicht nach Berlin kommen, da ihm dort voraussichtlich die Ver- hauptung bevorstehe.

In der heutigen Pressekonferenz wurde indessen vom Reichswehr- ministerium dieser Vorgang in Grafenwörth entschieden bestritten. Auch wurde behauptet, daß die Berufung des Generals v. Mohl nach Berlin mit diesen Vorgängen nichts zu tun gehabt habe.

Strafverfolgung wegen Putschverhinderung.

München, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Ge- schäftsordnungsausschuß des Landtages wurde heute ein Ersuchen der Staatsanwaltschaft München um Genehmigung der Strafver- folgung des nächtlichen Aufstehens eines Zeitungsautos des „Miesbacher Anzeiger“. Die Genehmigung der Strafver- folgung wurde während der Dauer der Landtagsverhandlungen ab- gelehnt. Im übrigen muß es äußerst befremden, daß die bayeri- sche Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Kuer vorgehen beab- sichtigt, obwohl seinerzeit die Aufstehung des Miesbacher Zeitungs- autos im Einklang mit den Führern der Ko- alitionsparteien erfolgte, mit dem Zweck, Drucksachen, welche einen Staatssturz in München vorbereiten sollten, abzufangen. Zum mindesten muß es befremden, daß bis zu diesem Augenblick der zweite Vorsitzende der bayerischen Einwohnerversammlung, Herr Kan- zler, wegen seiner bekannten Aufforderung zum Werd immer noch nicht vor die Gerichte gezogen ist, und unser Genosse Kuer wegen einer Tat, die die Anerkennung weitester Kreise gefunden hat, vor die Gerichte zitiert werden soll.

Der Notbau.

München, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Die „Mün- chener Post“ bringt eingehende Darlegungen über den Charakter des bayerischen „Notbaues“, den Graf Berchthold neuerdings wieder ausgegraben hat. Dieser Notbau wurde ins Leben gerufen, weil sich die Technische Ratskammer geweigert hatte, für die bürgerlichen Zei- tungen Streikförderdienste zu leisten. Hierauf rief der Staatskom- missar für München Stadt und Land diesen Notbau auf, um eine Organisation zur Verfügung zu haben, welche sich bedingungslos in den Dienst der Regierung stellen würde.

Kriegsverbrecher Leutnant Boldt entflohen.

Hamburg, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Kriegs- verbrecher Oberleutnant z. S. a. D. Boldt ist aus dem hiesigen Gefängnis entflohen. Boldt, der die Rettungsboote des Hospitalschiffes „Landover Castle“ hat versenken helfen, um die Zeugen der Torpedierung aus der Welt zu schaffen, war vom Reichsgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden. Selnerzeit war er von Hamburg in Fesseln nach Leipzig transpor- tiert worden. Diese Maßnahme wurde auf eine Anfrage im Reichs- tag damit begründet, daß Boldt von Gefängnisgenossen befreit werden sollte. Nunmehr ist er mittels aus dem Untersuchungs- gefängnis entflohen. Er wurde dort mit Schreibarbeiten be- schäftigt, eine Art Vertrauensposten. Gestern abend be- nutzte Boldt einen günstigen Moment, um zu entweichen. Trotz sofort ausgenommener Verfolgung konnte seine Spur nicht mehr gefunden werden.

Die Reichspresse hatte sich ihrerzeit entrüstet, weil Boldt bei seiner Verhaftung von der Hamburger Polizei gefesselt worden war. Boldt selber rechtfertigt jetzt dies Verhalten der Polizei auf das nachdrücklichste, indem er das ihm — sehr ungerichtet — entgegengebrachte Vertrauen der Gefängnisverwaltung durch die Flucht beantwortet. Es muß übrigens hervorgehoben werden, daß Boldt und seinem Komplizen Dittmar nach ihrer Verurteilung durch U-Boot-Kommandeur Kophamel namens sämtlicher früherer U-Boot-Offiziere eine besondere Ehrenerklärung ausgestellt wurde, die den Spruch des Reichsgerichts für nichtig erklärte. Wenn die Offiziere jedem Verbrecher, weil er den Offiziersrock getragen hat, das Vertrauen volleren, so dürfen sie sich nicht beklagen, wenn ihr Ansehen in der Öffentlichkeit zurückgeht.

Aus unserer Landtagsfraktion.

Wie die W.N. hören, nahm die sozialdemokratische Landtags- fraktion heute für die bei der Bildung des neuen Ministeriums aus- geschiedenen Mitglieder des Vorstandes Ergänzungswahlen vor. Zu Vorstehenden wurden außer dem zweiten amtierenden Vorsitzenden Elmherr die Abgeordneten Heilmann und Franz Krüger gewählt. Weiter wurde in den Vorstand neu delegiert die Abgeord- nete Frau Hanna vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Ge- werkschaftsbundes.

Zuchthaus für Schlemmer!

München, 18. November. (W.N.) Es verlautet, daß der bayerische Gesehntwurf gegen Schlemmeri Gefängnisstraf- fen sowie Geldstrafen bis zu 100 000 M., im Wiederholungs- falle Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren, Geldstrafe bis zu 200 000 Mark, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Ueber- weisung an die Landespolizei sowie öffentliche Bekann- tgabe der Namen der Schuldigen vorseht. Auch in Deutsch- land sich aufhaltende Ausländer sollen gegebenenfalls vom Geseh betroffen werden. Nicht nur für Schlemmer selbst, sondern auch für diejenigen, die der Schlemmeri Vorschub leisten, steht der Gesehntwurf schwere Strafen vor, so Entziehung der Konzeption, Schließung der Lokale und eventuell neben diesen Strafen noch Geldbußen.

„Untergrabung der Autorität“. Unzählige Male ist in der sozialdemokratischen Presse, wenn sie Angehörigen der Klassenjustiz brandmarkte, von rechtsstehender Seite vorgehalten worden, sie untergrabe die Autorität der Justiz. Dieselbe rechts- stehende Presse hält aber mit den größten Beschimpfungen der Justiz nicht zurück, wenn ihr irgendeine Entscheidung einmal nicht paßt. Wie ist das Reichsgericht anlässlich der Kriegsverbrecher- prozesse von rechts her angepöbel worden! Jetzt berichtet der deutschnationale „Tag“ über eine Sitzung des Reichsgerichts unter der Ueberschrift: „Ein Rotau des Reichsgerichts vor der Strafe“. Ursache ist, daß das Reichsgericht im Strafverfahren eine Anzahl Angeklagte, die bereits seit mehr als einem Jahr in Untersuchungshaft sitzen, aus der Haft entlassen hat. Das ist natürlich ein schweres Verbrechen; denn gemäß der bestehenden Gleichheit vor dem Geseh dürfen nur Rechtspuichisten wie v. Jagow und Schiele mit der Untersuchungshaft verschont werden. Als wir das bemängelten, haben wir die Autorität der Justiz untergraben. Aber wenn der „Tag“ von einem „Rotau des Reichsgerichts“ redet —, ja Bauer, das ist ganz, was anderes!

Das Urteil im „Reigen“-Prozess.

Von John Schilowski

Sämtliche Angeklagte im „Reigen“-Prozess wurden frei- gesprochen.

Als zur Zeit Friedrichs II. der Hallsche Theologe Franke sich an den König mit der untertänigen Bitte gewandt hatte, eine in Halle gastierende Schauspielertruppe durch landesväterlichen Nach- spruch zu entfernen, erhielt er vom alten Fritz folgenden präzisen Bescheid: „Die Kommodianten sollen bleiben, und zur Strafe soll der Musiker Franke selbst bei ihnen in die Komödie gehen und der erste Kommodiant soll ihm das bescheinigen.“

Inzwischen sind mehr als anderthalb Jahrhunderte vergangen und im Lande Breußen sieht es heute anders aus. Wir sind kein despotisch regiertes Volk mehr, wir sind Bürger eines Freistaats, in dem es keine königlichen Nachsprüche mehr gibt, sondern jede frivole Nachsprüche durch unabhängige gelehrte Juristen — unter Umständen mit Unterstützung durch wohlunterrichtete Sachverständige — entschieden wird. Die Formen haben sich vervollkommen, gefestigt und vereinfacht. Und diese neuen Formen sind von einem Geist erfüllt, der sich ebenfalls, aber in wesentlich anderer Art, von dem des friederizianischen Zeitalters unterscheidet.

Der „Reigen“-Prozess ist heute nach langwierigen und eingehenden Verhandlungen zu Ende gegangen. Das Urteil ist relativ gleich- gültig. Man konnte Frau Eysoldt und Herrn Stadel einsperren oder freisprechen — an der Sache selbst wäre dadurch nichts Wesent- liches geändert worden. Denn der Prozeß selbst, seine ganze Auf- machung und die bei den Verhandlungen zutage getretenen Begleit- erscheinungen sind das, was dieses Ereignis über die Bedeutung eines juristischen Streitfalles hinaushebt und zu einem Zeitdokument allerersten Ranges stempelt.

Nicht zwei Parteien, sondern zwei weithistorische Epochen standen sich in Moabit gegenüber. Das 20. Jahrhundert rang mit verworrenen Ueberresten des Mittelalters. Dort Förderer der heute lebendigen Kultur, Träger der Zukunft, Intellektuelle, Ge- lehrte und Künstler, deren Namen nicht nur in Deutschland jeder kennt und ehrt. Hier eine Handvoll obskurer Jektolen und muffiger Beschwörer, denen im tiefsten Herzen alles Natürliche als Teufels- werk gilt. Dort der normale Mensch mit gelunden Sinnen und un- verdorbenem Denken und Fühlen, hier intellektuell und stillos Kranke, deren Seelenleben entweder von Obskur an im Kern verfault oder durch naturwidrigen Drill in perverste Bahnen gelenkt worden ist.

Das Streitobjekt war ein Kunstwerk. Ein Werk, über dessen hohen ästhetischen Wert unter den berufenen Kennern kein Zweifel besteht. Dieses Werk soll „unschuldig“ sein. Ein Kunstwerk kann aber niemals unschuldig sein. Es ist beschämend, daß man diesen Grund- und Elementarfall aller Kunst in einem Kulturlande noch besonders betonen und verteidigen muß. Wer in einem Kunstwerk etwas Unästhetisches sieht, der ist entweder für Kunst

unempfänglich, oder die Mutter Natur hat ihn mit einer so geis- tigen Phantasie ausgestattet, daß ihm jeder rein künstlerische Eindruck durch stofflich-sinnliche Reizungen verkleinert wird und nur das Grobmaterielle, nicht das Kunstwert selbst, auf ihn zu wirken vermag. Daß es derartige Leute gibt, wird niemand bestreiten, der „Reigen“-Prozess hat sie uns in typischen Exemplaren beiderlei Ge- schlechts vorgeführt. Aber gerade von diesen pathologischen Ele- menten gilt es das deutsche Volk zu reinigen, wenn anders die Her- anzüchtung eines freien Völkermenschen möglich werden soll. Diesen modernen Heiligen, die für ihre Ueberzeugung nicht zu Wä- rern, sondern zu Demunizanten werden, diesen keuschen Seelen, die ihrem verletzten Zartgefühl durch Werfen von Stinkbomben Ausdruck geben, gebührt kein Schutz und keine Schonung.

Nun hört man aber zuweilen von aufgeklärten und vorurtels- freien Leuten: „Uns Erwachsenen kann so etwas nicht schaden, aber mein vierzehnjähriger Sohn und meine fünfzehnjährige Tochter —“. Fragt man diese Leute: „Glauben Sie, daß Sie in Ihrer Jugend durch eine „Reigen“-Vorstellung sittlich verderben worden wären?“ Dann erhebt man regelmäßig die Antwort: „Nein, ich nicht!“ Es scheint also, als ob die Jugend von heute in moralischer Hinsicht weniger widerstandsfähig sei, als es in der bekannten guten alten Zeit der Fall war. Das ist natürlich ein Irrtum, aber nehmen wir einmal an, es wäre so. Was ergibt sich daraus? Soll die Literatur auf den Gefühls- und Gesichtskreis von Terzianern und Badischen zugeschnitten werden? Dann wäre es heilige Pflicht der Familien- väter, aus ihrer Hausbibliothek den Shakespeare, den Goethe und die Bibel schleunigst zu entfernen, und die Gerichte müßten auch diese Schundliteratur einsperren und einsperren lassen. Das wird nicht geschehen, und daher bleibt den sorglichen Vätern und Müttern nur übrig, ihre Kinder so zu erziehen und aufzuklären, daß sie allen natürlichen Vorgängen und Befolgen gegenüberstehen können und auch im Sequellen nichts Anstößiges zu leben vermögen. Dann werden sie im erotischen Kunstwerk nur die Kunst ansehen und jede fünfzehnjährige Tochter kann einer „Reigen“-Aufführung beiwohnen, ohne dabei etwas anders zu empfinden als den Eindruck eines an- mutigen, feinen und nachdenklichen Spiels.

Heute sind wir noch nicht so weit. Aber unsere Pflicht muß es sein, die Jugend in diesem Sinne zu erziehen, sie nicht zu christlich- mittelalterlichen Gemüts- und Geisteskrämpfen werden zu lassen, son- dern sie zu freien und ganzen Menschen heranzubilden. Dieses leucht- ende, hohe und schöne Ziel wollen wir uns nicht durch Talare und Altmelberde verhängen und verdunkeln lassen. Man hat Deutsch- land preislich und wirtschaftlich geteilt, aber unsere geistige und sittliche Freiheit wollen wir uns erhalten und, wo es nötig ist, er- kämpfen. Die soll uns kein Brunner und kein Bradke knebeln und kaskieren dürfen!

Wir wünschen uns wahrhaftig nicht die Wiederkehr des friederizianischen Zeitalters. Was wir uns aber wünschen, das wäre ein Gerichtshof, der heute das Urteil hätte fällen dürfen: „Der Reigen soll bleiben, und zur Strafe soll der Reuschtels-Brunner samt seiner Stinkbombengeschicht vier Wochen lang jeden Abend in die Kom- mödie gehen und Frau Eysoldt soll ihm das bescheinigen!“

Vollsbühne: „König Lear“. Die Lear-Vorstellung der Volkstheater würde über fünf Stunden. Noch länger als meisten Reinhardtischen Klassiker-Erfolgsaufführungen. Inades diese künstlerische Pietät erhöht durch das Bestreben annähernder Vollständigkeit nicht immer auch die innere Wirkung. Ins- besondere nicht bei Shakespeare. Die Fehlingsche Regie, die mit Fug und Recht die dekorativen Hintergründe nur ganz einfach in allgemeinsten Umrissen markierte, vermochte die zahllosen Verwandlungen nicht ohne längere Pausen durchzuführen. Bei der lockeren Beziehung, in dem ein Teil der weiterverzweigten Handlung zum Mittelpunkt der Tragödie steht, wären Streiche und Zusammen- legungen um so unbedenklicher gewesen. Die Breite des Geschehns, das bunte Gedränge blutiger Wechselfälle in Shakespeares Stücken hätte eine Hörschwäche vor Augen, für die das Stoffliche als solches noch einen neuen, ungedrohenen Reiz besaß.

Der Lear Friedrich Kaphlers war nicht, wie manche Shakespeare-Interpreten die Figur auffassen, ein mächtig auftragen- der Titan, eine elementarisch mächtige Natur, die überschäumend noch in ihrem Sturze eine ganze Welt mit fortreißt — er gab ihn in schlüchter Menschlichkeit. Unfischer Schwandent unter der Last der Jahre ist kein Gang, das Anstich, von langem weißen Patriarchen- bart umrahmt, wenn der Affekt sich ausgiebt, von gütiger Milde. Und dieser menschlich-weiße Grundton liegt in jedem Stadium des Leidensweges an; auch in der grandiosen Szene auf der Heide. Die Schauer des Dämonischen, das dieses Bild umschweben, wurden da nicht in dem Maße lebendig, als es die Dichtung verlangt. Nach dem Schlußbilde, dem malerisch schönsten des Abends, dankte dem Darsteller langanhaltender, sich immer wiederholender Applaus. Von den zahlreichen Nebenfiguren traten am eindrucksvollsten die bitterbitter, hohlerfüllte Conerit Warr Dietrichs, der verschlagene Glosier-Pollard Aspers und Kochs biederer Rent hervor. Den Edgar spielte, in verschiedenen Momenten mit glücklichem Gelingen, der junge Christian Friedrich Kaphler. Die Lebensweisheiten des Rarren fanden einen klugen Sprecher in Herrn Guido Herzfeld, der freilich in Aussehen und Organ der Gestalt manches schuldig bleiben mußte.

Flugleistungen von Fliegen. Das amerikanische Aderbauamt hat kürzlich bemerkenswerte Versuche gemacht, die dem Zweck dienen, die Flugleistungen der Fliegen genau festzustellen. Zu diesem Zweck wurden in einem Bezirk des nördlichen Texas diese Tausende Fliegen verschiedener Gattungen eingefangen, mit feinem pulverisiertem und rotgefärbtem Kalkstaub bestreut und so ge- weinen wieder freigelassen. In gemessenen Zwischenräumen waren die Fliegen aufgehebt, die von den Fliegen behorrungte Röhreung als Ader enthielten. Auf Grund dieser Versuche konnte festgestellt werden, daß die meisten Fliegen in kurzer Zeit beträchtliche Ent- fernungen zurücklegen. Die Studienreise insbesondere durchsief in noch nicht 24 Stunden eine Strecke von über 10 Kilometer. Die größte Leistung war eine Entfernung von 21 Kilometer.

Witke Weltere bricht auf Elmduna der Volksbühne am Montag, den 21. im Rahmen der über die Kindele-Rolle von den sieben Geheulten frei aus dem Gedächtnis. Eintritt 1,50 Mark.

Der Hungerstreik in Lichtenburg. Eingreifen des Reichsjustizministers.

Die Lage in der Strafanstalt Lichtenburg hat, wie der Korrespondent von zuständiger Seite mitgeteilt wird, seit gestern keine Veränderung erfahren. Die Gefangenen verharren nach wie vor in ihrem Streik und verweigern jegliche Aufnahme von Lebensmitteln. An diesem Entschluß hat auch das Eingreifen des kommunistischen Landtagsabgeordneten Kay nichts zu ändern vermocht, der mit fast allen Gefangenen verhandelte und ihnen das Unsinns ihrer Handlungsweise klarzumachen versuchte. Auch seitens des Anstaltsleiters und des Geistlichen war man bemüht, die Gefangenen, allerdings ohne Erfolg, umzustimmen. Inzwischen hat sich der preussische Justizminister mit dem Reichsjustizminister in Verbindung gesetzt und beide haben beschlossen, einen Beauftragten nach Lichtenburg zu entsenden, der nach persönlicher Untersuchung des Falles weitere Entscheidungen treffen soll.

Wiederaufbaufrist sechs Jahre.

Paris, 18. November. (W.Z.) Minister Douceur empfing gestern die Bürgermeister des Wiederaufbaubereiches und erklärte ihnen, er habe die Absicht, zu fordern, daß der Wiederaufbau innerhalb sechs Jahren vollendet sei. Es sei tatsächlich unmöglich, ihn in einer kürzeren Frist zu bewerkstelligen.

Aus der Partei.

Bezirk Brandenburg zur Preußenskoalition.

Der Bezirksverband Brandenburg hielt am Vortag eine Sitzung des Zentralvorstandes ab, an der auch die politischen Redakteure der Zeitungen, die Sekretäre der Unterbezirke, sowie die Abgeordneten des Bezirkes teilnahmen. Gegenstand der Tagesordnung war eine Aussprache über die politische Lage und Stellungnahme zur Vertragserhöhung. Das Referat zum 1. Punkt hielt der Genosse Siering, der in seinen Ausführungen die Gründe darlegte, aus denen die Fraktion sich für die große Koalition entschieden hat. In der Debatte herrschte Einstimmigkeit darüber, daß die Mehrheit der Fraktion das Beste für die Partei und die Arbeiterschaft gewollt hat. Nachfolgende Entscheidung fand einstimmige Annahme:

„Die am 16. November tagende Sitzung des Zentralvorstandes, der politischen Redakteure und Sekretäre der Provinz Brandenburg erbschaft unter dem Zwange zur Koalitionspolitik in einer Links-Koalition mit Einschluß der U.S.D. das erstrebenswerteste Ziel. Das Verhalten der übrigen politischen Parteien, wie die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage haben die Erreichung dieses Zieles veräußert. Die statt dessen in Preußen zustande gekommenen „große Koalition“ ist nur dann zu billigen, wenn sie die Festigung der Republik und die Verfolgung einer Wirtschaftspolitik, Kultur- und Steuerpolitik sichert, die im Interesse der breiten Massen des arbeitenden Volkes liegt. Gerade die gegenwärtig riesenhafte gewachsene Steuerlast zeigt, daß den Interessen der Arbeiterschaft nicht gedient wäre, wenn der unmittelbare Einfluß der Sozialdemokraten, namentlich in dem größten Freistaat, ausgerechnet würde. — Schwerwiegend sind auch die außenpolitischen Gründe, die den Göringer Beschluß und seine praktische Auswirkung beeinflusst haben.“

Die Konferenz hat aus alledem die Überzeugung gewonnen, daß der Beschluß der Landtagsfraktion den parlamentarischen Einfluß der Sozialdemokratie durchsetzen will im Interesse der wertvollen Volksmassen. Dieses Ziel der Fraktion kann aber nur erreicht werden, wenn die in Göring aufgestellten Mindestforderungen reiflos verwirklicht werden, und wenn die gesamte Partei sich in voller Einmütigkeit hinter die Fraktion stellt.

Die Konferenz erwartet von den sozialdemokratischen Ministern, daß sie im Sinne von Göring wirken werden, und von den Genossen im Lande, daß sie ihre ganze Kraft für die Erstarkung der Partei einsetzen.“

Beim 2. Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, ab 1. Januar 1922 folgende Beitragssätze einzuführen: Männliche Mitglieder 1 M. pro Woche, weibliche Mitglieder 60 Pf. pro Woche, außerdem soll ein Wablösungsbeitrag von 1 M. vierteljährlich von sämtlichen Mitgliedern erhoben werden. Dem geschäftsführenden Ausschuss wurde aufgegeben, für weitere Finanzierung des Bezirkes Sorge zu tragen.

Groß-Berlin

Freispruch im „Reigen“-Prozess.

Sämtliche Angeklagte auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Vor der 6. Strafkammer des Landgerichts III fand heute morgen der letzte Akt des Kampfes um den „Reigen“ statt. Schon vor 9 Uhr betrat der Gerichtshof den Sitzungssaal und Landgerichtsdirektor Brennhäuser veränderte unter absolutester Ruhe des nicht gefüllten Zuschauerraumes das Urteil, das er u. a. durch folgende Punkte begründete:

Begründung des Urteils.

Das Gericht hatte zu prüfen, ob den Angeklagten im einzelnen nachgewiesen werden konnte, worin die gerade ihnen zur Last gelegte Unzüchtigkeit der Darstellung begangen sein sollte. Das Gericht ist nun der Ansicht, daß zweifellos keine solche Unzüchtigkeit bei der Darstellung selbst erfolgt ist und geht damit auch mit denjenigen Zeugen konform, die sich sonst gegen die Aufführung gewandt haben. Aber auch an der Mitwirkung an dem Stück an sich kann eine Unzüchtigkeit nicht ohne weiteres festgestellt werden. Um dies gleich vorweg zu nehmen: Die Kunst, die auch als unzüchtig bezeichnet wurde, schaltet von vornherein aus, da die Darsteller mit dieser überhaupt nichts zu tun haben. Was das Stück selbst anbetrifft, so ist das Gericht diesbezüglich zu folgender Auffassung gekommen: Das Stück verfolgt, wie das Gericht aus der Beweisaufnahme erkannt hat, einen durchaus sittlichen Gedanken.

Es ist ferner gleich hervorzuheben, daß das Gericht die Ueberzeugung erlangt hat, daß die vom Gericht gefundene Aufführung den übrigen Aufführungen, auch denen vor dem 22. Juli, entspricht hat. Das Gericht hat erkannt, daß man sehr wohl das Stück noch hätte ganz anders spielen können. So wie es aber gespielt worden ist, kann es nur als bezeugt bezeichnet werden. Gegen das Spiel selbst sind ja auch von keiner Seite in sittlicher Beziehung Einwendungen erhoben worden. Für das Gericht schieden selbstverständlich alle Fragen aus, die das parteipolitische, religiöse, antisemitische oder Stillschleiersinteresse berühren. Alles das schied für das Gericht völlig aus. Wenn ein Stück, das einen ethischen Zweck verfolgt, so gespielt wird, wie es hier gespielt worden ist, wenn die Darstellung so erfolgt wie sie hier erfolgt ist, dann ist es keine unzüchtige Darstellung, dann ist auch die Aufführung nicht geeignet, das allgemeine normale Sittlichkeitsgefühl, wie es im Volksbewußtsein in postmoderner Entwicklung aufgefaßt wird, zu verletzen. Es liegt also eine unzüchtige Handlung nicht vor.

Auch in subjektiver Beziehung fehlen bei den Angeklagten die Voraussetzungen einer strafbaren Handlung. Es wird in dieser Beziehung auf die vorausgegangene richterliche Entscheidung und die vorder eingesendeten Gutachten ansehener literarischer Sachverständiger hingewiesen. Durch diese Umstände wurden die Angeklagten in ihrer Meinung bestärkt, daß ihre Darstellung als un-

züchtig nicht anzusehen sei. In dies der Fall, dann wären die Angeklagten aus objektiven und subjektiven Gründen freizusprechen. Das Gericht verurteilt deshalb das Urteil: Die Angeklagten werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Rahenjammer bei der Mehrheit.

Wenn man die Leute des Bürgerblods unter sich löst.

Der oft bestrittene Bürgerblock in der Stadtverordnetenversammlung, der bei der gestrigen Vorsteherwahl zur Tatsache wurde, hätte sich das gewiß nicht träumen lassen, daß die bürgerliche „Mehrheit“ so bald zusammenbrechen würde. Nach dem Nachräusch, der die bürgerlichen Fraktionen von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten verleitete, auf demokratische Grundzüge und parlamentarische Bräuche zu pfeifen und der sozialdemokratischen Fraktion den ihr als der jetzt stärksten Partei zukommenden Posten des ersten Vorstehers zu verweigern, folgte logisch bei der Wahl eines Vorsteherstellvertreters der klügliche Rahenjammer. Das ist fürwahr eine stattliche und stolze „Mehrheit“, die schon bei einem so wichtigen Akt, wie es die Vorstandswahl ist, nicht einmal ausreicht, eine beschlußfähige Versammlung zu sichern. Hätten die drei anstehenden Fraktionen im Hinblick auf die den Ansprüchen der sozialdemokratischen Fraktion schroff ablehnenden Erklärungen des Bürgerblods schon bei der Wahl des ersten Vorstehers auf eine Beteiligung überhaupt verzichtet, so wäre wohl schon da die Beschlußunfähigkeit das die Mehrheit beschämende Ende gewesen. Denn auch bei diesem ersten Wahlgang waren die 115 „Mehrheit“-Leute nicht vollständig anwesend, und wahrscheinlich hätten sie, wenn man sie sofort unter sich gelassen hätte, die zur Beschlußfähigkeit erforderlichen 113 nicht beisammen gehabt.

Daß die Nachprobe des sich als „Mehrheit“ fühlenden Bürgerblods allgählig mahlungen ist, scheint auch die bürgerliche Presse als sehr peinlich zu empfinden. Die Siegesfanfare, mit denen sie das Wahlergebnis zu begrüßen gedachte, sind ihr in der Trompete stodegeblieben. Die „Deutsche Tageszeitung“ äußert ihre Befriedigung darüber, daß mit der Wahl eines bürgerlichen Vorstehers „dem Wahlergebnis vom 16. Oktober Rechnung getragen wurde“. Die „Vossische Zeitung“ nennt diese Vorstandswahl einen schlimmen Beginn, läßt eine Mißbilligung des Verhaltens der „Mehrheit“-Leute durchklingen und empfiehlt, „schieunigst die Kampffronten zu einer Front der Arbeit umzuschmelzen“. Im „Berliner Tageblatt“ malt der demokratische Stadtverordnete Michaelis das Gespenst der Einsetzung eines mit der Zeitung Berlins zu betrauten Regierungskommissars an die Wand. Er sagt, daß „die nicht-sozialistischen Parteien sich über die praktische Tragweite ihrer (geringen) ziffernmäßigen Mehrheit gewissen Illusionen hingeeben haben“. Ohne Rückhalt erklärt die „Volks-Zeitung“ es für sehr bedauerlich, daß die Deutsche Demokratische Partei sich in die Gefolgschaft der Rechten begeben und den Bürgerblock verwickelt hat. Sonderbar wirkt die Entrüstung, mit der die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen, sich über den Ausgang der Vorsteherwahl äußert. Sie sagt dabei: „Unsere Fraktion hat in grundsätzlicher Anerkennung des Rechtes der stärksten Fraktion ihre Stimme dem Kandidaten der E.P.D. gegeben“. Tatsächlich haben etwa die Hälfte der Unabhängigen sich um den Fraktionsbescheid nicht gekümmert und den Saal verlassen. Man sieht: die bürgerliche Parteileidenschaft, die auf demokratische Grundzüge und parlamentarische Bräuche pfeift, reicht von Knäuel-Runze bis in die Reihen der Unabhängigen hinein.

Ausfahrungen französischer Soldaten.

In dem gestern abend auf dem Anhalter Bahnhof zur Abfahrt nach Frankfurt a. M. bereitstehenden D-Zuge hatten in einem Abteil zweiter Klasse drei französische Kolonialsoldaten Platz genommen, die einige mitreisende Damen zu belästigen versuchten. Der Bahnwachtsbeamte, um Bestand angegangen, rief zwei Beamte der Schutzpolizei herbei, die sich bemühten, die Franzosen zu beruhigen, was ihnen aber leider nicht gelang. Die Franzosen wurden darauf zur Wohnhofsache geführt, wo der Amtsarzt Dr. Friedländer Trunkenheit feststellte. Von dort wurden die betrunkenen französischen Soldaten von einem Polizeikommando der Interalliierten Kommission in Jülich abgeholt und in das Quartier der Interalliierten Kommission, das Hotel Sagonia in der Königsgräber Straße, überführt. Die zuständige Stelle des Berliner Polizeipräsidiums ist um die restlose Klärung des Vorfalles, der das anwesende Publikum in große Erregung versetzt hatte, bemüht.

Nachtsyl Weisbreich.

Donnerstag, den 17. November, 1 Uhr 4 Minuten morgens. Zug nach Wilhelmshagen fährt ein. Mehrere vielgeplagte und schwerbeladene Nachtarbeiter harrten am letzten Wagen so anständig wie vorchriftsmäßig, bis die zahlreichen Aussteiger ihre Absicht ausgeführt. Noch aber ist es nicht so weit — als der Zug hochgemut abläuft. Einer, der heraus muß, springt noch verbotsmäßig und gliebergefährdend ab. Die Schlusslaternen scheint trübsalig herzugrinsen, ein Wällein des bekannten Schwefelbundes ist aus dem Zug dageblieben, die Bläusen ist einen Augenblick lang vollstündig. Dann aber neigt man bestkummert das Haupt, und es bildet sich ein Somjet der Zurückgebliebenen, der erwägt, ob nicht vielleicht eine untergrundliche hochbahnseitige Interessengemeinschaft mit nahegelegenen Nachtarbeitern bestehen mag, denen man auf dieselbe Weise zuführen möchte.

Zusammenschluß der deutschen Mieterbeisiger.

Zu der Tagung der deutschen Mietvereinigungsämter, die vom 26. bis 28. August d. J. in Dresden stattfand, hatten sich u. a. auch etwa 100 Mieterbeisiger aus allen Teilen Deutschlands eingefunden, die jedoch nur zum geringsten Teile von den Gemeinden, überwiegend vielmehr von den Gewerkschaften und von den Mieterverbänden entsandt worden waren. Durch einheitliches Vorgehen gelang es den Mieterbeisigern in den Vorstand des neu gegründeten Reichsverbandes der Einigungsämter, der aus neun Personen besteht, gleichberechtigt neben den Vorsitzenden der Einigungsämter und den Hausbesitzerbeisigern mit drei Vertretern hinzuzugelangen. Die Vereinigung soll später auf ganz Deutschland ausgedehnt werden.

In jedes Mietvereinigungsamt von Groß-Berlin sollen die Mieterbeisiger zwei Vertrauensleute wählen, die dann zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentreten sollen, um einen Arbeitsauschuss einzusetzen, der alsdann mit den Vertretern der Vorsitzenden und der Vermieterbeisiger zusammenzurufen hat. Die Mieterbeisiger der Groß-Berliner Mietvereinigungsämter haben dementsprechend jetzt je zwei Vertrauensleute zu wählen, deren Namen alsbald an Paul Lange, Berlin N. 113, Ledermünder Str. 13 III, oder Fritz Dientz, Berlin M. 50, Ansbacher Str. 10, mitzuteilen sind, damit recht bald die Sitzung der Vertrauensleute einberufen werden kann. Die Genannten gehören dem Vorstand des Reichsverbandes der Einigungsämter an und haben vorläufig die Geschäfte der freien Vereinigung der Mieterbeisiger übernommen.

„Doff und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postaufgabe bei.

Der städtische Rettungsdienst unterhält in Neutölln, im Hause Prinz-Handjers-Str. 9, eine öffentliche Rettungswache, die Tag und Nacht bei Unfällen usw. sofortige ärztliche Hilfe gewährt. Fernruf über Amt Nordens — Rettungsdienst — Rettungswache Neutölln.

Zu dem Raubüberfall in dem Lotteriegeläch in der Treibschraße 205 wird uns noch mitgeteilt, daß auf die Ergreifung des entkommenen Täters eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt ist. Der Räuber hatte sich als Kunde eingeführt und dem Proturisten den wuchtigen Schlag auf den Kopf verfehlt, als dieser sich über den Ladentisch gebeugt hatte, um dem vermeintlichen Käufer die verlangten Lose auszuhandigen. Der Schlag war so stark, daß der Ueberfallene zunächst zusammenbrach, sich aber wieder sogleich erheben, eine hintere Ladentür öffnen und aus dieser um Hilfe rufen konnte. Das veranlaßte den Täter, ohne Beute schieunigst den Laden zu verlassen. Er ist ein etwa 1,72 Meter großer Mensch mit einem hageren Gesicht und war mit einem grauen, abgeschabten Ueberzieher bekleidet. Zweckdienliche Mitteilungen, die zu seiner Festnahme führen können, werden von Kriminalkommissar Werneburg im Zimmer 80 des Berliner Polizeipräsidiums entgegengenommen.

Jugendbühne Neutölln. Anfolge des Andranges bei der Aufführung des großen Wärschenausstattungsstücks „Der kleine Rud“ im Städtischen Spielhaus, Bergstr. 147, findet am Sonnabend, 19. November, nach 8 Uhr, eine Wiederholung statt. Karten für Kinder a 50 Pf. und für Erwachsene a 1 M. sind im Rathaus, Zimmer 278, und an der Tageskasse zu haben.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise aufklarend, aber noch überwiegend trübe und etwas neblig, ohne erhebliche Niederschläge. ziemlich frische östliche Winde. Temperatur wenig über Null.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen kommunistische Quertreiberei.

Das Kartell der im Gastwirtsgerwebe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen Groß-Berlins sendet uns folgenden Bericht:

„Die am 17. November 1921 tagende Kartellbeiratsstiftung hat zu der von der kommunistischen Fraktion am 16. November 1921 nach den Sophiensälen einberufenen Versammlung der Gemahregelten und Arbeitlosen im Gastwirtsgerwebe sowie zu dem Artikel der „Roten Fahne“ vom 15. November 1921, Nr. 524, Abendausgabe, „Die Ortsverwaltung des Gastwirtsgehilfen-Verbandes sabotiert den Willen der Mitglieder“ Stellung genommen.“

Der Beirat verurteilt das Vorgehen unverantwortlicher Personen, das nur dazu dienen kann, Zersplitterung in die Reihen der Arbeitnehmer zu bringen, und ersucht die Kollegen, in Zukunft an derartigen Veranstaltungen nicht teilzunehmen.

Der Artikel in der „Roten Fahne“ geht nicht an die richtige Adresse, sondern betrifft das Kartell. Der Artikel ist bereits überholt durch einen Antrag an den Ausschuss der Gewerkschaftskommission, so schnell wie möglich eine Plenarversammlung einzuberufen, die sich mit dem Ausgang des Streiks im Gastwirtsgerwebe beschäftigen soll.“

Inzwischen hat man wohl auch im kommunistischen Lager eingesehen, daß es zu einem Generalstreik nicht reicht.

Lohnbewegung der Musikinstrumentenarbeiter!

Auch für die Arbeiter der Musikinstrumentenindustrie blieb die für November festgesetzte Lohnhöhe weit hinter den ins Riesenhafte gestiegenen Preisen der Lebensmittel und Bedarfsartikel zurück. Von der Not bedrängt, verlangten die Kollegen in den Betrieben die Zahlung einer Teuerungszulage bis zu 45 Proz. Teilweise wurde eine Einigung dadurch erzielt, daß Abschlagszahlungen von verschiedener Höhe gezahlt wurden, andere Firmen verlangten die Regelung dieser Frage durch die Organisationen.

Eine Besprechung, die deswegen in unverbindlicher Weise mit den Unternehmern geführt wurde, kam zu keinem Ergebnis, weil die Unternehmern verlangten, das bestehende Lohnabkommen und das Tarifabkommen bis zum 31. Dezember zu verlängern.

Die Funktionäre der Branche beschäftigten sich am Dienstagabend in einer Versammlung mit dieser Frage und nahmen nach einer äußerst lebhaften Debatte folgende Entscheidung an:

„Die am 15. November 1921 tagende Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute der Musikinstrumentenindustrie kann dem Vorschlag der Unternehmern, bei Gewährung einer Teuerungszulage einer Verlängerung des Lohn- und Tarifabkommens über den 30. November hinaus, nicht zustimmen. Die Not erfordert eine sofortige Zulage und darf die Zeit nicht mit langwierigen Verhandlungen verdröbelt werden. Die Betriebsräte verpflichten sich, unverzüglich an die Unternehmern heranzutreten und pro Person die sofortige Zahlung einer Notzulage von mindestens 500 Mark zu fordern.“

Die Gesamtkollegenchaft hat alle Mittel in den Betrieben anzuwenden, um den Fabrikanten aufs eindringlichste klarzumachen, wie hoch die Not der Arbeiterschaft gestiegen ist, gegenüber den Riesengewinnen der Fabrikanten.

Die Versammlung verlangt ferner auf das entschiedenste, daß unverzüglich der Abschluß eines neuen Tarifvertrages gemeinsam mit dem Lohnabkommen für Dezember durchgeführt wird.“

Die Arbeitslosigkeit im Bekleidungsgerwebe.

Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband zählte am Schluß des 2. Quartals in 334 Filialen 50 223 männliche und 72 999 weibliche, zusammen 123 222 Mitglieder. Ueber den Stand der Arbeitslosigkeit im Oktober haben 159 Filialen mit 38 051 männlichen und 64 484 weiblichen, zusammen 102 535 Mitgliedern berichtet, das sind 83,2 Proz. der Mitglieder.

In 108 Filialen mit 43 817 Mitgliedern waren Arbeitslose oder verkürzt Arbeitende nicht vorhanden. Daneben waren in 51 Filialen mit 22 982 männlichen und 35 736 weiblichen, zusammen 58 718 Mitgliedern, 292 männliche gleich 1,7 Proz. und 531 weibliche gleich 1,5 Proz., zusammen 923 Mitglieder gleich 1,5 Proz., arbeitslos. Verkürzt arbeiteten 35 männliche und 417 weibliche, zusammen 452 Mitglieder gleich 0,8 Proz. Gegenüber dem Vormonat ist eine wesentliche Veränderung in der Arbeitslosigkeit eingetreten.

Lohnbewegung der Mühlenarbeiter.

Durch Verhandlung wurde eine Aufbesserung der Löhne der Mühlenarbeiter um 90 M. wöchentlich für die männlichen Arbeitnehmer und 50 M. für die Frauen erzielt. Eine Branchenversammlung stimmte dem Angebot der Arbeitgeber zu. Danach beträgt der wöchentliche Mindestlohn ab 16. November 1921 für Holzsenföhner, Müller, Säger, Sechsträger, Weichmisten, Heizer, Handwerker aller Art, Wälsensrücker und Aufsteiger 450 M., für Bodenarbeiter, Kesselreiniger, Kohlenkarrer und alle anderen männlichen Arbeiter 440 M. und für Frauen 290 M. Da mit diesen Löhnen kaum das Notwendigste zum Lebensunterhalt gekauft werden kann, wurde der Gruppenleiter Schmitz vom Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter beauftragt, das Lohnabkommen zum 15. Dezember 1921 sofort wieder zu kündigen. Bei der nächsten Lohnbewegung soll danach getrachtet werden, die Löhne der Frauen mit den Männern mehr in Einklang zu bringen.

Krise im Mährischen Kohlenberaub.

Aus Prag wird gemeldet: Die Situation im Mährisch-Schrauer Gebiet hat sich so verschärft, daß mit dem Ausbruch eines Streiks unmittelbar zu rechnen ist. Die Arbeiterschaft hat sich bereit erklärt, bei gleichbleibenden Löhnen die Produktion im November um 5 Proz. und im Dezember um weitere 5 Proz. zu erhöhen, um so eine Senkung des Kohlenpreises zu ermöglichen und die Rentabilität der Betriebe zu sichern. Die Unternehmern verharren jedoch bei einer Herabsetzung der Löhne.

